

**Anna Ahlers und Thomas Heberer**

## **Rekalibrierung der deutschen und europäischen Wissenschaftskooperation mit China: Mehr Augenhöhe und Austausch wagen\***

China hat gegenwärtig kein positives Image in Europa bzw. Deutschland. Dies hängt vor allem zusammen mit dem Aufstieg des Landes zur Weltmacht und den damit verbundenen innen- und außenpolitischen Reibungen und Spannungen sowie einer robusten und eher herausfordernden Interessendurchsetzung regional und global. Seit 2014 mehren sich die Berichte, dass die politische Entwicklung in der Volksrepublik unter Xi Jinping zunehmend repressivere Züge annimmt. So auch, dass Wissenschaftler stärker gegängelt und inhaltlich eingeengt, internationale Organisationen und NGOs in ihren Tätigkeiten eingeschränkt, Kritiker abgestraft oder inhaftiert und ideologisch die Schrauben angezogen werden. Diese stärkere Zentralisierung und Reglementierung ist in erster Linie bedingt durch die Umsetzung eines strikten Fahrplans zur „umfassenden Modernisierung“ des Landes bis 2050. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) hat die Zielsetzungen in verschiedenen Plänen und Dokumenten dargelegt: So ist z.B. bis 2021 die Beseitigung von Armut anvisiert; bis 2035 soll China zur größten Wirtschaftsmacht geworden sein und die Führerschaft in zehn Hochtechnologien erlangt und bis 2050 sich zu einem allseits modernisierten Land und zur Weltmacht gleichauf mit den USA entwickelt haben.<sup>1</sup> Die Erreichung dieser Zielsetzung erfordere – so heißt es aus China – ein stabiles und geordnetes Gemeinwesen und eine starke und kompetente politische Führung.

Der eskalierende Konflikt zwischen China und den USA wirft zudem seine Schatten und führt zu einer Diskussion darüber, wie sich die Europäische Union (EU) und Deutschland in diesem Konfliktfeld positionieren sollen: stärkere Wiederannäherung und Anlehnung an die Vereinigten Staaten unter dem neuen Präsidenten Joe Biden oder einen Mittelkurs zwischen den beiden Weltmächten (vgl. Heberer 2021). All diese Aspekte beeinflussen auch die Debatte in Hinsicht auf den wissenschaftsinternen und den wissenschaftspolitischen Umgang mit China. Jüngst kam es im Verhältnis zwischen der EU und der VR China bereits zu einer ersten ernsthaften Zuspitzung mit direkten Konsequenzen für den Forschungs- und Wissenschaftsaustausch. Nachdem die EU am 22. März 2021 Strafmaßnahmen gegen vier ranghohe Politiker und eine Regierungseinheit in der VR China wegen der Menschen-

---

\* Dieser Essay ist inspiriert von verschiedenen Diskussionsrunden zum Thema, an denen die beiden Verfasser in letzter Zeit individuell oder gemeinsam teilnahmen. Er speist sich aus eigenen Erfahrungen in der Forschungsarbeit zu und in China und aus der Kooperation und Kommunikation mit chinesischen KollegInnen, sowie aus der Analyse der hier zitierten Fachliteratur, „policy reports“ und der Berichterstattung in den Medien. Wir danken den TeilnehmerInnen des Workshops „Deutsch-chinesische Kooperationen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich: Entwicklungen – Chancen – Herausforderungen“ für ihre Kommentare und Sonia Qingyang Li (MPIWG) für ihre Recherchehilfe.

<sup>1</sup> Vgl. die Rede Xi Jinpings auf dem 19. Parteitag der KPCh im Jahre 2017: [http://www.gov.cn/zhuanti/2017-10/27/content\\_5234876.htm](http://www.gov.cn/zhuanti/2017-10/27/content_5234876.htm).

rechtsverletzungen in der Autonomen Region Xinjiang verabschiedet hatte,<sup>2</sup> reagierte die chinesische Regierung prompt und sanktionierte nicht nur den EU-Parlamentsunterausschuss für Menschenrechte und einzelne Europa-Politiker verschiedener Länder sondern gezielt auch eine akademische Einrichtung und individuelle Forscher (Deutsche Welle 2021). Das Außenministerium der VR China veröffentlichte am 23. März eine Liste<sup>3</sup> mit den Namen ausgewählter europäischer Think Tank-MitarbeiterInnen und ganzer Institutionen wie des Mercator Institute for China Studies (Merics) in Berlin,<sup>4</sup> die sich in der Vergangenheit zu dem Thema geäußert und – laut der chinesischen Stellungnahme – falsche und verleumderische Darstellungen verbreitet haben sollen (Global Times 2021). Welche weiteren Konsequenzen diese diplomatische Eskalation haben wird, ist bisher noch nicht abzusehen.

So spitzt sich der beobachtbare Drang zur Neugestaltung des Kurses gegenüber China nun ebenfalls in einem Feld zu, das bislang weitestgehend ein Eigenleben zu führen und von politischen Auseinandersetzungen und politischem Wettbewerb eher unberührt zu sein schien: dem Bereich wissenschaftlicher Kooperation. Vor allem Natur- und Ingenieurwissenschaftler beklagen seit geraumer Zeit schon einen „einseitigen“ Wissenschaftstransfer im Hinblick auf Kooperationsprojekte, wobei die deutsche Seite bereitwillig ihr Know-how zur Verfügung stelle, chinesische Forscher im Gegenzug aber nicht das ihre. Beobachtet wird zugleich eine zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in China, vor allem im Hinblick auf die Gesellschafts- und Geisteswissenschaften (z.B. Delman 2019). Die Rolle der Parteiorgane und ideologische Kontrolle hätten deutlich zugenommen. Überdies steht der Vorwurf im Raum, chinesische Behörden nähmen Einfluss auf Forschung und Lehre an deutschen Hochschulen, u.a. über Konfuzius-Institute.<sup>5</sup> Sogar der Vorwurf der „Spionage“ wird erhoben (Feldwisch-Drentrup 2020a).

Gleichzeitig belegen u.a. ca. 1.400 Kooperationsvereinbarungen mit chinesischen Partnereinrichtungen eindrucksvoll, dass die Wissenschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern blühen wie nie zuvor. „Auf vielen Gebieten ist die wissenschaftliche Kooperation mit China hochattraktiv, in einigen Wissenschaftsfeldern ist sie essenziell“, heißt es in den *Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China*, die im September 2020 vom Präsidium der Hochschulrektorenkonferenz verabschiedet wurden (HRK 2020). Diese Kooperation reicht von strukturierten Studien- und Doktorandenprogrammen bis hin zu gemeinsamen Forschungsprojekten sowie umfangreicheren Vorhaben wie dem Deutsch-Chinesischen Hochschulkolleg und der Deutsch-Chinesischen Hochschule für Angewandte Wissenschaften an der Shanghaier Tongji-Universität. Während die Zahl der deutschen Studierenden, die

---

<sup>2</sup> Siehe auch den Originaltext der Sanktionsbeschlüsse: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=OJ:L:2021:099I:FULL&from=EN>.

<sup>3</sup> “Foreign Ministry Spokesperson Announces Sanctions on Relevant EU Entities and Personnel”, [http://www.fmprc.gov.cn/mfa\\_eng/xwfw\\_665399/s2510\\_665401/t1863106.shtml](http://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/xwfw_665399/s2510_665401/t1863106.shtml).

<sup>4</sup> Des Weiteren betroffen sind als Institutionen der Ausschuss für Politik und Sicherheit des Rates der Europäischen Union und die Stiftung der Allianz der Demokratien in Dänemark.

<sup>5</sup> Vergleiche den Antrag von FDP-Abgeordneten an den Deutschen Bundestag vom 1. März 2021: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/271/1927109.pdf>.

ein oder mehrere Semester in China verbringen, noch immer sehr gering ist und die Zahl der Studierenden in chinabezogenen Studiengängen in Deutschland sogar abnimmt, ist das Interesse chinesischer Studierender und PromovendInnen an Deutschland im letzten Jahrzehnt deutlich gestiegen (Stepan/Frenzel 2018).

### **Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Erwartungen: wissenschaftsinterne und -externe Perspektiven**

Wie lassen sich Grundlage und Charakter der Debatten in Hinsicht auf den wissenschaftsinternen und den wissenschaftspolitischen Umgang mit China zusammenfassen? Im Rahmen der nun immer intensiver geführten Debatten wird deutlich, wie wenig Einblick es allgemein gibt in die Funktionsweise von Wissenschaft in China und bezüglich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Erwartungshaltung der Kooperationspartner. Grundsätzlich gilt, dass eine „Wissenschaftsfreiheit“ in unserem Sinne an chinesischen Hochschulen nicht existiert und nie existiert hat. Der Staat erwartet, dass Forschungsprojekte zur Lösung praktischer Fragen des Landes beisteuern. WissenschaftlerInnen gelten als wichtiger Teil der Nation, die beizutragen haben, zu Entwicklung und Wohl des Landes. Das ist nicht erst seit Gründung der Volksrepublik 1949 oder dem Amtsantritt Xi Jinpings der Fall, sondern in der politischen Kultur verortet und wurde z.B. in der Republik China in den 1930er und 1940er Jahren nicht anders gehandhabt. Auch damals wurden von der Staatspartei Guomindang „Partei-Curricula“ an Schulen und Hochschulen eingeführt, und Ausbildungsrichtlinien sahen vor, dass die Interessen der Nation über allem zu stehen hätten (Culp 2002: 51-55; Oldstone-Moore 2002: 163 ff). Der Schriftsteller und Philosoph Lin Yutang beschrieb in den 1930er Jahren den Widerspruch zwischen westlicher Logik und chinesischem praktischen Denken: Während das praktische Denken den Forschungsgegenstand „als ein lebendiges Ganze“ erfasse, zerlege die westliche Logik ihn in „verschiedene Erscheinungsformen“ (Lin 2015 [1935]: 148-150). Joseph Needham, der wohl größte Gelehrte im Hinblick auf den Vergleich zwischen westlicher und chinesischer Wissenschaftsgeschichte, konstatierte dennoch, dass die chinesischen Wissenschaftserfolge sich in der Vergangenheit äußerst fruchtbar auf Europa ausgewirkt hätten und dass dies noch mehr für die Zukunft gelten würde (1984: 80-102). In seinem Sinne dürfte von der weiteren Vertiefung der wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit also ein erheblicher Mehrwert für beide Seiten zu erwarten sein. Und dies scheint auch nach wie vor die klare Linie der Forschungsorganisationen und der Wissenschaftsbehörden in Deutschland und Europa zu sein. Sie müssen sich allerdings mit der Kritik auseinandersetzen, dass Forschungsergebnisse eher dem chinesischen Staat dienen und den hiesigen Wissenschaftlern eher wenig Nutzen bringen würden.

Dass autoritäre Staaten wie China nicht zu Spitzenforschung und Innovation in der Lage seien, ist eine These, die für den Fall China bereits hinlänglich widerlegt wurde. Beachtenswert ist beispielsweise Chinas rasanter Aufstieg auf die ersten Plätze in internationalen Publikations- und Zitationsindizes innerhalb von knapp zwei Jahrzehnten (Nikkei Asia 2020). Wie bereits angedeutet, hat die chinesische Regierung angekündigt, dass China bis 2035 in zehn Hochtechnologien führend und bis 2050

Weltmacht Nr. 1 in Wissenschaft und Forschung sein werde – zweifellos ambitionierte Ziele. Gleichwohl hat Staatspräsident Xi auch in jüngsten Reden immer wieder betont, dass technologische und wissenschaftliche Innovation transnationale Zusammenarbeit erfordere (Xi 2020; Ho/Xie 2020). Eine Aussage, die man ernst nehmen sollte und mit der man zugleich Kooperation und Dialoge auf Augenhöhe einfordern kann. Im 21. Jahrhundert hängt Wissenschaft und besonders wissenschaftlicher „Führungsanspruch“ ab von der Akzeptanz des globalen Wissenschaftssystems und der aktiven Förderung seiner transnationalen Bedingungen, Dynamiken, Karrieren und Outputs – möglicherweise ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Bereichen nationalen Wettbewerbs. Auch China bestreitet nicht, dass Wissenschaftsfortschritt letztlich nur durch transnationale Kooperation möglich ist. Zugleich sind sich die deutsche und die chinesische Seite wohl einig, dass Zusammenarbeit für die – wissenschaftlich informierte – Lösung globaler Problemfelder im 21. Jahrhundert (Klimawandel, Ökologie- und Umweltprobleme, Pandemien, Kriege, etc.) zwingend ist.

Dementsprechend deutlich fällt bisher auch das Votum deutscher und europäischer Wissenschaftsvertreter aus, die in der Summe der bisherigen Stellungnahmen ein eindeutiges Interesse an der Aufrechterhaltung und dem Ausbau der Kooperation mit chinesischen Partnern zum Ausdruck bringen. Nichtsdestotrotz werden inzwischen eine größere Sensibilität und Vorsicht, sowie systematischere Vorgaben für den Umgang mit der chinesischen Seite gefordert. Dies soll insbesondere gelten, wenn vertragliche Übereinkünfte über Wissenschaftskooperation geschlossen werden. Eine Besorgnis über Intransparenz in der Ausgestaltung und dem Management von Partnerschaften und gemeinsamen Projekten, eine potentielle Diskrepanz der Auffassungen von „guter wissenschaftlicher Praxis“ insbesondere im Sinne von Forschungsethik und wissenschaftlicher Integrität und die mögliche Devianz von damit verbundenen Regeln, Risiken von ‚dual use‘ und eines mangelhaften Schutzes von intellektuellem Eigentum, sowie die drohende politischen Instrumentalisierung von gemeinsamen Veranstaltungen und von Forschungsergebnissen seitens chinesischer Autoritäten stehen dabei im Vordergrund.<sup>6</sup> Organisationsintern zu identifizierende einschlägige Erfahrung und Landeskenntnis soll in diesen Prozessen die Entscheidungsfindung und die Handlungsfähigkeit der deutschen und europäischen Akteure, d.h. besonders der Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, unterstützen.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. dazu u.a. den Überblick über die neuen Strategiepapiere und Leitlinien europäischer Wissenschaftsorganisationen in Štrelcová 2021.

<sup>7</sup> Interessanterweise unterscheidet sich dieser Ansatz durchaus von Diagnosen und Forderungen, die vorrangig von Vertretern der Zivilgesellschaft, politischer Parteien, Think Tanks und Medien in Europa vorgebracht werden. Diese heben vor allem auf das gesamtgesellschaftliche Umfeld von Wissenschaft in China ab. Da potenzielle Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit, so die Sorge, aber zunehmend auch außerhalb Chinas stattfinden würden, sei es die Aufgabe der Regierungen europäischer Länder ihre Wissenschaftsorganisationen zu schützen und „rote Linien“ zu definieren. Existierende Verbindungen sollen überprüft und zukünftige Forschungsvereinbarungen, ihre Finanzierung und ihr Management, sowie Kooperationspartner in China einem stärkeren Screening unterzogen werden. In diesem Sinne wird auch oft eine Beteiligung wissenschaftsexterner Akteure und Institutionen an derartigen Entscheidungen ge-

Darüber hinaus zeichnet sich ab, dass die EU – und mit unterschiedlicher Intensität auch die Regierungen der einzelnen europäischen Staaten – China unter anderem dazu bringen möchte, europäische Standards der Zusammenarbeit in Forschung und Technologieaustausch zugrunde zu legen – sie erklärt sie sogar zur Voraussetzung von Kooperation. Dies bezieht sich auch auf „wissenschaftsinterne“ Forderungen nach stärkerer Einhaltung von Regeln seitens chinesischer Wissenschaftler und Institutionen (die auch in China gelten), also Normen, die nicht politisch oder bürokratisch auferlegt sind, sondern die globaler wissenschaftlicher Praxis entsprechen (wie Regeln für Autorschaft, Datenqualität und Replizierbarkeit, Probandenschutz, etc.). Die Soziologieprofessorin Joy Zhang von der britischen University of Kent kritisiert wiederum diese Art, chinesischen Wissenschaftlern Vorgaben zu machen. Es sei sinnvoller, sich auch in dieser Hinsicht wechselseitig verstehen zu lernen, statt ohne Debatte auf eigene Werte zu insistieren. Überdies schildert sie, dass chinesische WissenschaftlerInnen sich befremdet zeigen, dass westliche KollegInnen beginnen, Forschungsdaten einseitig zurückhalten (Kelly 2021). Stärkerer Austausch ist auch hier notwendig: Ein Dialog von WissenschaftlerInnen beider Seiten über Fragen wissenschaftlicher Qualitätssicherung, normativer Praxis und Forschungsethik scheint hier sinnvoller und zielführender zu sein, als der Versuch der Politik, einseitig Standards festzulegen.

### **Das Dilemma chinesischer WissenschaftlerInnen**

In der derzeitigen, zunehmend polarisierten Debatte fällt des Weiteren Folgendes auf: Zum einen wird in der europäischen Debatte oft nicht zwischen dem chinesischen Staat und WissenschaftlerInnen bzw. dem Staat und den Universitäten unterschieden. Die westliche Logik argumentiert oftmals, da in China „alles“ dem Parteistaat unterstehe, auch die Hochschulen, wären letztlich alle Chinesen, inklusive der Hochschulen, WissenschaftlerInnen, Lehrende und Studierende als „Propagandisten“ oder gar potentielle „Spione“ der Kommunistischen Partei anzusehen. Der Journalist Christoph Prantner schrieb z.B. in der *Neuen Zürcher Zeitung*: „Ein von der Kommunistischen Partei und dem Ministerium für Staatssicherheit in Peking gesteuertes Netzwerk nimmt in Deutschland im Verborgenen Einfluss. Die chinesische Diaspora, Austauschstudenten und Wirtschaftsverbände spielen dabei genauso eine Rolle wie die chinesischen Geheimdienste“. Und er formuliert noch drastischer:

„Wie ein Schäferhund seine Herde umkreisen chinesische Offizielle auch die 150.000 Menschen zählende chinesische Diaspora in Deutschland. Sie ist ein wesentlicher Baustein im Einheitsfront-Ansatz Pekings. [...] Vor allem junge, in Deutschland geborene Personen mit chinesischem Hintergrund sind inzwischen oft von der Überlegenheit des chinesischen Systems im Vergleich zu westlichen Demokratien überzeugt. [...] Besonderes Augenmerk legen die chinesischen Behörden auch auf die mehr als 50.000 chinesischen Studenten und mehrere tausend Gastwissenschaftler in Deutschland. [...] Sie werden mit intensiver, zuweilen auch persönlicher Betreuung bei der Stange gehalten

---

fordert, bzw. ihnen eine Aufsichtsrolle in diesen Prozessen zugesprochen. Zudem herrscht eine gewisse Skepsis gegenüber der Objektivität von SinologInnen und ihrer Fähigkeit, ihre Organisationen in diesen Fragen kritisch zu beraten (vgl. z.B. Fulda 2021).

ten. Denn Studenten und Gastprofessoren sind von zentraler Bedeutung im Bereich Know-how-Transfer sowie bei der Identifizierung technologischer, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zukunftsfelder. Diese Informationen fließen in die Planung geopolitischer Investitionsziele durch staatlich gelenkte Konzerne in Peking ein.“ (Prantner 2021)

Dies erinnert nicht nur an eine frühere Titelgeschichte des *Spiegel* 2007 (Nr. 35: „Gelbe Spione“), auch regionale Zeitungen wie die *Westdeutsche Allgemeine* („China rekrutiert Wirtschaftsspione“, 25. März 2021) reihen sich inzwischen regelmäßig in diese Argumentationskette ein. Man fragt sich bei der Lektüre vor allem, woher Prantner das eigentlich alles weiß. Und man wundert, sich, dass renommierte und sich ansonsten durch Reportagen mit hohem Sachverstand und Detailkenntnis auszeichnende Zeitungen solche, an Verschwörungstheorien grenzende Darstellungen, gepaart mit rassistischen Vorstellungen im Hinblick auf praktisch alle Personen mit chinesischer Herkunft, abdrucken. Rassistisch wirken solche Aussagen deshalb, weil hier Menschen aufgrund ihrer Herkunft nicht nur kollektiv verdächtigt, sondern zudem in ihrer individuellen Autonomie abgewertet werden.

Die bereits zitierte Soziologin Zhang hat diesem „racial profiling“ die Kehrseite gegenübergestellt. Sie berichtet über chinesische WissenschaftlerInnen und Studierende, die die innerchinesische Politik durchaus kritisch sehen, denen in Europa aber zunehmend Misstrauen entgegengebracht wird, eben weil sie Chinesen sind (Zhang 2021). Dies spiegelt die Erfahrung eines chinesischen Doktoranden an der Universität Duisburg-Essen, der Deutschland verließ und nach China zurückging, und gegenüber dem Autor erklärte, die weitgehend negative Berichterstattung über sein Land sei für ihn schwer zu ertragen, und er spüre ein wachsendes Klima der Abneigung gegenüber Chinesen, sodass er sich entschlossen habe, Deutschland zu verlassen. Öffentlich die Integrität chinesischer WissenschaftlerInnen in Frage zu stellen und sie pauschal als „Spione“ abzuqualifizieren sei letztlich kontraproduktiv, erklärt auch Professor Zhang. Die Welt brauche die chinesische Wissenschaftscommunity und diese die Kooperation mit der westlichen.

### **Einseitiger Blick auf historischen und gegenwärtigen Wissen(schaft)saustausch**

Zum anderen wird oft die lange Geschichte des deutsch-chinesischen Wissensaustausches vergessen und ihre Wirkung auf die Gegenwart ignoriert. Immer wieder wird jedoch deutlich, dass historische Kooperationserfahrungen Teil der wissenschaftlichen Erinnerungskultur sind und bleiben. Augenscheinlich wird dies allein an zwei Beispielen, die im chinesischen Gedächtnis eher präsent sind als im deutschen: Cai Yuanpei (1868-1940), einer der ersten Präsidenten der renommierten Peking-Universität, der in Deutschland studiert hatte und nach seiner Rückkehr diese Universität nach den Ideen von Kant und Humboldt umgestaltete, hielt 1924, anlässlich des 200. Geburtstages von Kant, in Königsberg eine Rede über die große Achtung Kants unter chinesischen Intellektuellen und Kants Bedeutung für China. Seine Ideen sind auch heute noch in China präsent. Interessant ist auch der Fall des

Philosophen, Indologen und Sinologen Walter Liebenthal (1886-1982), der einer jüdischen Familie entstammte und als einer der bedeutendsten Forscher über den chinesischen Buddhismus gilt und nach seiner Flucht aus Deutschland in China aufgenommen wurde. Mit Hilfe des berühmten chinesischen Philosophen und Pädagogen Hu Shi (1891-1962) erhielt er zunächst eine Stelle am Sino-Indischen Institut der renommierten Peking-Universität und lehrte später Sanskrit und Deutsch an der Peking-Universität (zu W. Liebenthal, vgl. Leutner/Liebenthal 2021).

Einen Eindruck dieses akademischen Gedächtnisses bekommt man regelmäßig bei Besuchen in China. Ein Autor dieses Beitrags hat anlässlich einer Festveranstaltung zum 100. Jahrestag der Einführung des Faches Politikwissenschaft an der Peking-Universität im Oktober 2019 an diese gemeinsamen Erfahrungen deutsch-chinesischen Wissenschaftsaustauschs erinnert, was mit großem Applaus der Professoren-schaft bedacht wurde. Im Anschluss erklärte ein renommierter chinesischer Sozialwissenschaftler ihm gegenüber, der Wissenschaftsaustausch zwischen Deutschland und China sowie das Wissen deutscher Gelehrter habe seit Ende des 19. Jahrhunderts China nachhaltig befruchtet. Er hoffe, dass sich dies fortsetze und dass in Zukunft chinesische Wissenschaftler und Ideen auch Deutschland und Europa befruchten würden.<sup>8</sup>

Der öffentlich aufgeworfene Konflikt zwischen dem Westen und China entzündet sich heute immer wieder vor allem an der Frage der Rolle und Funktion der Konfuzius-Institute, wobei das öffentliche Wissen über ihre Funktionsweise oft sehr pauschal und unpräzise ist. 16 der 19 Institute in Deutschland sind assoziierte Institute (sogenannte „an-Institute“) deutscher Hochschulen, mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten. Bei den meisten handelt es sich um selbständige und unabhängige Vereine, die – anders als in den Fällen der von chinesischer Seite finanzierten Professuren in deutschen Universitäten (Feldwisch-Drentrup 2020b) – weder in die universitäre Forschung noch inhaltliche Lehre eingebunden sind. Die Vorwürfe, die chinesische Regierung würde über diese Institute auf breiter Front Einfluss auf die Lehrinhalte und Forschung in Deutschland nehmen, sind empirisch nicht nachvollziehbar. Nehmen wir z.B. das Duisburger Institut: Die Gründung 2009 ging von der Stadt Duisburg aus, die sich eine Begleitung ihrer Städtepartnerschaft mit Wuhan und ihrer Funktion als Endpunkt der Seidenstraße in Westeuropa wünschte. Das Institut sitzt in einem Gebäude, das der Stadt gehört, nicht in der Universität. Eigenständige Forschung betreibt das Institut nicht. Es versteht sich vielmehr als Brücke zum kritischen Verständnis zwischen Deutschland und China.

---

<sup>8</sup> In dieser Hinsicht ebenfalls interessant ist, wie die Autorin kürzlich in einer Diskussion mit Dieter Hoffmann (MPIWG) feststellte, dass es nahezu keine deutsch- oder englischsprachige Forschungsliteratur zum wissenschaftlichen Austausch und zu konkreten Kooperationen und Formen des Wissenstransfers in der jüngeren deutsch-chinesischen und chinesisch-europäischen Geschichte gibt. Während es zahlreiche Studien zu den Wissenschaftssystemen anderer Länder und zu Chinas internationalem akademischen Austausch in Geschichte und Gegenwart in chinesischer Sprache gibt, stehen in Deutschland verfasste Promotionen z.B. zu Themen wie den deutsch-chinesischen Wissenschaftsbeziehungen in der Nachkriegszeit und während des Kalten Krieges noch aus, wie in diesem Beitrag unten thematisiert wird.

Es ist somit kein Institut in der Universität, sondern ein an-Institut, das von einem gemeinnützigen Verein getragen wird. Vereinsvorsitzender ist ein Physikprofessor an der Universität Duisburg-Essen; die anderen Vorstandsmitglieder setzen sich aus Vertretern der Stadt, der Wirtschaft und der Universität (ein Medizinprofessor) zusammen. Es gibt drei Ko-Direktoren des Duisburger KI: zwei sind Professoren der Ostasienwissenschaften an der Univ. Duisburg-Essen, die chinesische Ko-Direktorin ist Germanistikprofessorin und Sprachwissenschaftlerin an der Duisburger Partner-Universität in China, der Universität Wuhan.<sup>9</sup> Ausgebildete Fachkräfte für Chinesisch als Fremdsprache des KI decken einen Teil des Chinesisch-Unterrichts im Studiengang Ostasienwissenschaften der Universität ab. Bei den beiden deutschen Ostasienwissenschaftlern handelt es sich um international anerkannte Chinaexperten. Würden sie „Propaganda“ für China betreiben, ließe sich dies über ihre Publikationen und Vorträge unschwer feststellen – ein Vorwurf, der bisher auch noch nicht erhoben wurde. Des Weiteren wird in den Medien oft vermutet, Studierende würden eine möglicherweise im Unterricht betriebene Propaganda für China oder propagandistische Meinungsäußerung der Lehrenden kritiklos übernehmen. Studierende informieren sich aber natürlich aus ganz verschiedenen Quellen über China und machen sich ihr eigenes Bild. Überdies konnte ein Einfluss der chinesischen Regierung auf die lokale Programmatik bislang nicht festgestellt werden. Das Jahresprogramm des Instituts wird jeweils unabhängig von der Mitgliederversammlung des Duisburger KI festgelegt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch ein jüngst erschienenes Papier des US-Think Tanks Brookings, in dem die Verurteilung und Behinderung der Konfuzius-Institute in den USA kritisiert wird (Horsley 2021). In dem Papier heißt es, gerade in Zeiten eines signifikanten Rückgangs von Studierenden, die Chinesisch lernen oder chinabezogene Studiengänge wählten, bedürfe es zusätzlicher Angebote in den Bereichen Chinesisch und Chinakennnissen. Von daher sollte die US-Regierung diese Institute begrüßen. Verschiedene Untersuchungen, unter anderem des US-Senats, hätten keinerlei Beleg für eine Einflussnahme der KIs oder gar einer durch sie beförderten Spionage an US-Hochschulen ergeben. Ähnlich sieht es in Deutschland aus. In der Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der FDP Ende 2019, hieß es bezüglich der Einflussnahme der KIs auf Forschung und Lehre an den Universitäten: „Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse über eine etwaige indirekte Einflussnahme der Konfuzius-Institute auf die Arbeit von Forschenden, Lehrenden und Studierenden deutscher Hochschulen vor“ (S. 7).<sup>10</sup> Und auch hierzulande geht der Anteil der Studierenden, die chinabezogene Studiengänge einschlagen oder Chinesisch lernen, stetig zurück (Stepan et al. 2018; Rudyak 2021).

---

<sup>9</sup> Siehe auch: <http://www.uni-due.de/konfuzius-institut/>.

<sup>10</sup> Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Katja Suding, Mario Brandenburg (Südpfalz), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP, Drucksache 19/15009: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/155/1915560.pdf>.



### **Zu stärkende Aspekte einer Rekalibrierung der Wissenschaftskooperation: Differenzierung, Augenhöhe und europäische Kooperation**

Schauen wir uns die chinesische Wissenschaftslandschaft an, so ist Differenzierung notwendig. Während die amerikanisch-chinesischen Kooperationsbeziehungen unter der Regierung Trump maßgeblich beschädigt wurden, genießen Deutschland und die EU nach wie vor hohes Ansehen, und von chinesischer Seite besteht ein hohes Maß an Kooperationsinteresse und -bereitschaft. In China selbst zeigen sich Unterschiede in der Behandlung der Sozial- und Geisteswissenschaften, die einer stärkeren ideologischen Beobachtung ausgesetzt sind als die Natur- und technischen Wissenschaften. Gerade in den Letzteren arbeitet sich China an die Weltspitze vor.<sup>11</sup> Was die Ersteren anbelangt, so sollen sie gegenwärtig vor allem auf die Verbesserung inländischer Politikmaßnahmen bzw. inländische Problemlösung ausgerichtet werden. Ein interessantes Beispiel für diese Praxisorientierung ist, dass ein führender Verwaltungswissenschaftler an der südchinesischen Zhejiang Universität im Zuge der wissenschaftlichen Analyse der Ursachen der Covid-19-Epidemie u.a. den Aufbau einer „intelligenten Verwaltung“, den Aufbau von „Notfallmanagement-agenturen“ sowie die Einführung eines Studiengangs Notfallmanagement vorgeschlagen hat. Mittlerweile hat das chinesische Bildungsministerium die Einrichtung eines solchen Studiengangs an 20 Universitäten beschlossen (Yu 2020). Dass es durchaus öffentliche kontroverse Debatten in der chinesischen Wissenschaftslandschaft gibt, verdeutlicht – um nur ein Beispiel zu nennen – ein Beitrag des renommierten Politikwissenschaftlers Yu Keping von der Peking-Universität, der in einem im Januar 2021 veröffentlichten Interview die Überbetonung von „chinesischen Besonderheiten“ seitens chinesischer Sozialwissenschaftler kritisierte, da diese die Idee von Wissenschaft als allgemeiner Wissensproduktion negiere. Zudem votierte Yu für „Freiheit des Denkens und eine freie akademische Umwelt für Wissenschaftler“. Anstatt über „chinesische Besonderheiten“ zu rasonieren, sollten chinesische Wissenschaftler internationaler denken (Yu 2021).

Zum Teil existieren signifikante Unterschiede zwischen einzelnen Hochschulen in China. Dies hängt u.a. mit der politischen Kultur in einzelnen Provinzen zusammen, wobei diejenigen Provinzen und Hochschulen mit ausgedehnten externen Kooperationsbeziehungen sich meist als offener erweisen als diejenigen in Zentral- oder Westchina. Produktiv wirken sich stets langjährige enge Kooperationsbeziehungen mit chinesischen Hochschulen und mit individuellen Wissenschaftlern aus, durch die Vertrauen entstanden ist und die daher stabiler sind. Vertrauen ist, vor allem auch in China, ein wichtiges soziales Kapital für Kooperation. In Kooperationsprozessen sollte man allerdings auch verstehen, dass viele chinesische Wissenschaftler, wie die Bevölkerung schlechthin, stolz auf die Leistungen sind, die ihr Land in den letzten Jahrzehnten erbracht hat, auch im wissenschaftlichen Bereich, und dies auch kundtun. Dies nicht ernst zu nehmen, durch einen politischen Generalverdacht oder einen

---

<sup>11</sup> Eine gegenwärtig eher noch zunehmende Dominanz der Idee von „angewandter Wissenschaft“ für die praktische Lösung nationaler und lokaler Probleme, quer durch alle Disziplinen, wird z.B. sehr anschaulich in Greenhalgh/Zhang 2020 beschrieben.

Boykott abzuerkennen, dass auch chinesische Kolleginnen und Kollegen ein intrinsisches Forschungs- und Erkenntnisinteresse besitzen können und dies durchzusetzen im Stande sind, wäre vermessen und für Kooperationschancen und deren Verbesserung abträglich.

An welchen Maßstäben sollte man sich in Deutschland und Europa hinsichtlich der wissenschaftlichen Kooperation orientieren? Es ist zu begrüßen, dass wissenschaftliche Institutionen und Behörden in Deutschland und Europa aktuell ihre Zusammenarbeit mit China auf der Basis realer Erfahrungen und neuer Signale aus China reflektieren. Anders als noch vor einem Jahrzehnt, in einer Phase eines explorativen und sehr offenen Auf- und Ausbaus allgemeiner Forschungskooperation, ist man nun vermutlich besser in der Lage, mit Selbstbewusstsein und erworbenem Wissen, konkrete Abkommen und Arbeitsformen stärker den eigenen Zielen und Werten anzupassen. Letztlich können wir diese Entwicklungen auch nur in, mit und durch Kooperation beeinflussen.

Dialoge halten wir dabei für zentral, wozu zweifellos auch Kooperation auf Augenhöhe notwendig ist. Spezielle deutsch-chinesische bzw. europäisch-chinesische Wissenschaftsdialoge nicht nur auf wissenschaftspolitischer Ebene, sondern auf der Ebene wissenschaftlicher Fachverbände oder sogar zwischen Wissenschaftlern von Universitäten mit chinesischen Partnerhochschulen könnten hier hilfreich sein. Gleichwohl sollte besonders die wissenschaftliche Zusammenarbeit auf individueller Ebene gefördert werden. Während größere Institutionen eher den Dialog über allgemeine politische und rechtliche Prinzipien – und notfalls ihren Schutz – gewährleisten können, werden wissenschaftliche Werte letztendlich in der konkreten Arbeit und im interkulturellen Aushandlungsprozess unter Forschenden realisiert und ihre Bedeutung durch das globale Wissenschaftssystem evaluiert. Nicht zuletzt ist auch politische Vereinnahmung beider Seiten hier schwieriger als im Falle größerer und abstrakterer Plattformen.

Was noch fehlt, sind allerdings tiefschürfende und systematische Beschreibungen und Auswertungen der Formen und Effekte existierender wissenschaftlicher Zusammenarbeit mit China, also qualitative, inklusive ethnographische, Forschung über Forschung in bi- oder multilateralen Kooperationsstrukturen. Studien, die über die eher an kommerziellen Aspekten interessierten Analysen der technischen Innovationsfähigkeit Chinas oder die klassische Hochschulforschung – also eigentlich den (Aus-) Bildungsbereich – hinausgehen. Mit Ausnahme einer Überblicksstudie von Forschern des Asia Center der Universität Leiden (d’Hooghe et al. 2018) sind uns keine wissenschaftliche Studien dazu bekannt, welche Erfahrungen in der europäischen Forschungszusammenarbeit mit der VR China bisher gemacht wurden, warum Kooperation von ForscherInnen gewollt und unabdingbar ist (oder nicht) und in welcher Form, welcher Mehrwert und welche Probleme (beispielsweise Scheitern von Abkommen, Eingriffe in Wissenschaftsfreiheit) auftreten – und in welchen Dimensionen und mit welchen Folgen, auf institutioneller und auf individueller Ebene (Střelcová 2021). Dies würde die Erkenntnis-Lücke füllen, die noch existiert

zwischen anekdotischen Problembeschreibungen und einer abstrakt normativ begründeten pauschalen Forderung oder Ablehnung von Kooperation. Hier sind also eher Promotionsarbeiten als Policy Papers vonnöten.

Sinnvoll erscheint es zugleich, die allgemeine Chinakompetenz in allen Wissenschaftszweigen zu fördern, nicht nur im Hinblick auf chinabezogene Studienrichtungen, sondern in allen Disziplinen. In Zukunft benötigen wir auch Ingenieure, Mediziner, Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaftler, die sich mit den entsprechenden Bereichen in China auskennen und zugleich – aber nicht nur – der chinesischen Sprache mächtig sind. Es ist zudem beunruhigend, dass die Zahl der Studierenden, die sich für einen chinabezogenen Studiengang oder das Erlernen der chinesischen Sprache entscheidet, signifikant zurückgegangen ist, gerade in einer Zeit, in der auf Grund der zunehmenden Bedeutung Chinas in der Welt ein Mehr an Wissen, Neugier und an Chinakompetenz benötigt werden. Es sollte ein wissenschaftspolitisches und gesellschaftliches Anliegen sein, die Ursachen für das fehlende Interesse zu sondieren und Bedingungen zu schaffen, die ein chinabezogenes Studium, oder zumindest den chinesischen Spracherwerb, wieder attraktiver machen. Zudem sollten wir neue China-Kompetenznetzwerke auf europäischer Ebene aufbauen und letztlich den Transfer von Chinawissen in die Gesellschaft hinein stärken. Nur so ist ein informierter und produktiver Austausch möglich. Ein Abbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit würde nicht nur den Zugang deutscher und europäischer Wissenschaftler nach China erschweren, sondern auch die Möglichkeiten, dieses komplizierte und komplexe Land besser zu verstehen.

## Literatur

- Culp, Robert (2002) „Setting the Sheet of Loose Sand: Conceptions of Society and Citizenship in Nanjing Decade Party Doctrine and Civics Textbooks“, in: Terry Bodenorn (Hrsg.): *Defining Modernity: Guomindang Rhetorics of a New China, 1920-1970*, Ann Arbor: Center for Chinese Studies at the Univ. of Michigan.
- d’Hooghe, Ingrid, Annemarie Montulet, Marijn de Wolff u. Frank N. Pieke (2018) „Assessing Europe-China Collaboration in Higher Education and Research“, Leiden Asia Centre, online: <http://leidenasiacentre.nl/wp-content/uploads/2018/11/LeidenAsiaCentre-Report-Assessing-Europe-China-Collaboration-in-Higher-Education-and-Research.pdf>.
- Delman, Jørgen (2019) „Social science in China: Between a rock and a hard place“, in *ThinkChina Analysis*, Univ. of Copenhagen, online: [http://www.thinkchina.ku.dk/documents/ThinkChina\\_Analysis\\_-\\_JD\\_Social\\_science\\_in\\_China.pdf](http://www.thinkchina.ku.dk/documents/ThinkChina_Analysis_-_JD_Social_science_in_China.pdf).
- Deutsche Welle (2021) „EU gegen China, Russland und Myanmar: Eine Sanktion kommt selten allein“, 22. März 2021; online: <http://www.dw.com/de/eu-gegen-china-russland-und-myanmar-eine-sanktion-kommt-selten-allein/a-56955061>.

- Feldwisch-Drentrup, Hinnerk (2020a) „Deutsche Forschungsinstitute schützen sich nur unzureichend vor Spionen“, in: *Welt* v. 7. März 2020, online: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article206397297/Chinas-Spione-Deutsche-Forscher-schuetzen-sich-nur-unzureichend.html>.
- ders. (2020b) „Senat will von China finanzierte Professur an der FU prüfen“, in: *Tagesspiegel* v. 17. Jan. 2020, online: <http://www.tagesspiegel.de/wissen/umstrittene-konfuzius-institute-senat-will-von-china-finanzierte-professur-an-der-fu-ueberpruefen/25444134.html>.
- Fulda, Andreas (2021) „Wissenschaftsautonomie wahren: China und die Wissenschaft in Großbritannien“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71:7/8, S. 20-25.
- Global Times* (2021) „Who are those on China’s sanctions list against EU, and why these sanctions are justified?“, 23. März 2021, online: <http://www.globaltimes.cn/page/202103/1219259.shtml>.
- Greenhalgh, Susan, u. Zhang Li (Hrsg.; 2020) *Can Science and Technology Save China?* Ithaca: Cornell University Press.
- Heberer, Thomas (2021) „Neuer Kalter Krieg zwischen China und den USA und die Rolle Europas“, in: *Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte* 4, S. 19-24; online: <http://www.frankfurter-hefte.de/artikel/neuer-kalter-krieg-zwischen-china-und-den-usa-und-die-rolle-europas-3171/>.
- Ho, Matt, u. Echo Xie (2020) „Xi Jinping promises China will be more open to international scientific cooperation despite drive for hi-tech self-reliance“, in: *South China Morning Post* v. 30. Okt. 2020, online: <http://www.scmp.com/news/china/politics/article/3107851/xi-jinping-promises-china-will-be-more-open-international>.
- HRK: Hochschulrektorenkonferenz (2020) *Leitfragen zur Hochschulkooperation mit der Volksrepublik China*, Beschluss v. 9. Sep. 2020, online: <http://www.hrk.de/positionen/beschluss/detail/leitfragen-zur-hochschulkooperation-mit-der-volksrepublik-china/>.
- Horsley, Jamie (2021) „It’s time for a new policy on Confucius Institutes“, in: *Lawfare Blog*, Brookings, 1. April 2021, online: <http://www.brookings.edu/articles/its-time-for-a-new-policy-on-confucius-institutes/>.
- Kelly, Éanna (2021) „Viewpoint: Chinese scientists caught in cycle of mistrust with the world“, in: *Science Business* v. 8. Apr. 2021, online: <http://sciencebusiness.net/viewpoint/viewpoint-chinese-scientists-caught-cycle-mistrust-world>.
- Leutner, Mechthild, u. Roberto Liebenhal (2021) *Die Entdeckung des chinesischen Buddhismus: Walter Liebenhal (1886-1982) – Ein Forscherleben im Exil* (Berliner China-Studien 57), Münster: Lit.
- Lin, Yutang (2015 [1935]) *Mein Land und mein Volk*, hrsg. und eingel. von Thomas Heberer, Esslingen: Drachenhaus.
- Needham, Joseph (1984) *Wissenschaft und Zivilisation in China*, Bd. 1, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

- Nikkei Asia* (2020) „China passes US as world’s top researcher – Showing its R&D might“, 8. Aug. 2020, online: <http://asia.nikkei.com/Business/Science/China-passes-US-as-world-s-top-researcher-showing-its-R-D-might>.
- Oldstone-Moore, Jennifer (2002) *The New Life Movement of Nationalist China: Confucianism, State Authority and Moral Formation*, Diss., Univ. of Chicago, Ann Arbor: UMI Dissertation Services.
- Prantner, Christoph (2021) „China versucht, Deutschland mit der Einheitsfront aufzurollen“, in *Neue Zürcher Zeitung* v. 3. Jan. 2021, online: <http://www.nzz.ch/international/china-rollt-deutschland-mit-der-einheitsfront-auf-ld.1593293>.
- Rudyak, Marina (2021) „Keine Orchidee: Über Chinakompetenz und Sinologie“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 71:7/8, S. 14-19.
- Stepan, Matthias, Andrea Frenzel, Ives Jacqueline u. Marie Hoffmann (2018) „China kennen, China können: Ausgangspunkte für den Ausbau von China-Kompetenz in Deutschland“, *Merics China Monitor* 45, online: <http://merics.org/sites/default/files/2020-04/China%20Monitor%20China%20kennen%20China%20koennen.pdf>.
- Štřelcová, Andrea (2021) „Engaged, not married: The Past, Present, and Future of Europe’s Research Collaboration with China“, in: *Observations: Short Papers on Science and Society in China and the World* 3, online: <http://www.mpiwg-berlin.mpg.de/observations/engaged-not-married-past-present-and-future-europes-research-collaboration-china>.
- Xi Jinping 习近平 (2020) „Zai kexuejia zuotanhuishang de jianghua“ 在科学家座谈会上的讲话 [= Rede auf dem Wissenschaftler-Symposium], 11. Sep. 2020, online: [http://www.xinhuanet.com/politics/2020-09/11/c\\_1126483997.htm](http://www.xinhuanet.com/politics/2020-09/11/c_1126483997.htm).
- Yu Jianxing 郁建兴 (2020) „Biye zhici: Zai bu quedingxing shidai kantuo gengda kenengxing“ 毕业致辞：在不确定性时代开拓更大可能性 [= Rede vor Absolventen: Sondierung größerer Möglichkeiten in einem Zeitalter der Unsicherheit], 29. Juni 2020, online: [http://blog.sina.com.cn/s/blog\\_6b84aa070102z67z.html](http://blog.sina.com.cn/s/blog_6b84aa070102z67z.html).
- Yu Keping 俞可平 (2021) „Tanxun Zhongguo zhili zhimi: Yu Keping jiaoshou fangtan lu“ 探寻中国治理之谜：俞可平教授访谈录 [= Über das Mysterium von Governance in China: Ein Interview mit Professor Yu Keping], *PKU Research Center for Chinese Politics*, 20. Jan. 2021, online: <https://www.rccp.pku.edu.cn/mzyt/125247.htm>.
- Zhang, Joy (2021) „To keep nationalism in check, nurture science solidarity“, in: *Nature* 591, online: <https://media.nature.com/original/magazine-assets/d41586-021-00458-5/d41586-021-00458-5.pdf>.